

PRESSEMITTEILUNG #230 - 14.10.2024

Martin Habersaat

Schulabsentismus: Wir müssen bei den Ursachen genau hinsehen

Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hat in einer Kleinen Anfrage (Drs. 20/2521) an die Landesregierung die aktuellen Zahlen zum Schulabsentismus abgefragt. Er erklärt dazu:

„Mit der Schulpflicht soll das Recht auf Bildung eines jeden Kindes umgesetzt werden. Bleibt dieses Recht unerfüllt, hat das Konsequenzen für ein ganzes Leben. Es ist daher wichtig, genau hinzusehen, wo und warum die Schulpflicht nicht erfüllt wird. 2.259 Schülerinnen und Schüler haben im ersten Halbjahr 40 Tage oder mehr gefehlt. In den Kreisen schwankt die Zahl zwischen 86 in Nordfriesland und 248 im Kreis Pinneberg.

Wichtig ist, dass wir die Gründe differenziert betrachten: Eine entschuldigte Fehlzeit aufgrund einer längeren Erkrankung ist natürlich anders zu beurteilen als ein bewusstes Fernhalten durch die Eltern oder unentschuldigtes Fernbleiben durch die Schüler*innen. Vor allem dem letzten Bereich müssen wir unsere Aufmerksamkeit schenken, fallen diese Zahlen doch in eine Zeit, in der viele Schülerinnen und Schüler über „Bauschmerzen“ klagen, in der Schüler*innen und Eltern Brandbriefe an den Bildungsausschuss schreiben, die mentale Gesundheit der jungen Menschen nicht aus dem Blick zu nehmen. Auch Gewaltvorfälle nehmen zu; ebenso das Belastungsempfinden von Lehrkräften.

Es ist bedauerlich, dass Land und Kommunen sich nicht auf feste Anstellungsschlüssel für Schulsozialarbeit und Schulpsychologie einigen können. In der Folge fehlen dann auch Qualitätsstandards für deren Arbeit. Auch Kürzungen im DaZ-Bereich werden sich negativ auswirken. Es ist gut, dass es zum langfristig angelegten Forschungsprojekt der Landesregierung bereits 2025 erste Zwischenergebnisse und Konsequenzen geben wird. Eine Prognose wage ich: Mit weiteren Sparaktionen im Bildungsbereich werden sich die Erkenntnisse kaum vertragen. Bereits heute sind die Gemeinschaftsschulen und die Beruflichen Schulen besonders betroffen. Von Absentismus. Aber auch von Sparmaßnahmen der Regierung Günther.“